Ein politisches Resümee vor der Wahl 2025 oder was wäre, wenn...

Das Regierungsdilemma
Es ist sicher als Information bis in den letzten Winkel unserer Republik vorgedrungen und jeder Bürger der Bundesrepublik Deutschland weiß, dass Ende Februar vorgezogene Bundestagswahlen stattfinden. Die Gründe dafür sind bekannt oder eben soweit bekannt, wie diese durch die Medien veröffentlicht wurden. Der Bundestag war in der Zeit der vielen politischen Zerwürfnisse ein zentraler Ort, dieses dem Bürger bei Liveübertragungen zu verdeutlichen. Einige Dinge über den Zerfall der „Ampel“ sind bekannt, aber es gibt sicher auch noch Vorgänge, die nicht so direkt an die Öffentlichkeit gedrungen sind. Vielfach hatte man den Eindruck, dass es ein politisches Theater war, das mit den Akteuren wetteiferte, welche Polarisierung und populistische Aussetzer den größten rhetorischen Erfolg ausmachten. Man spürte die harten Bandagen der politischen Gegner des Regierungslagers und der Opposition deutlich. Aber waren alle Argumente, die in den Reden geäußert wurden, samt persönlichen Anfeindungen, überhaupt in der Brisanz der politischen Situation adäquate Mittel der politischen Situation? Oder anders gesagt, haben nicht auch einige der geäußerten Halbwahrheiten und Zuspitzungen dem jetzigen aktuellen politischen Spektrum geschadet? Wir können es besser, ihr könnt es gar nicht und so kann es nicht weitergehen. Wir brauchen einen Politikwechsel, so der Tenor in den Reden der Opposition seitens der CDU/CSU. Die Opposition hat sich als Retter der Republik inszeniert. Nun bin ich mir nicht darüber im Klaren, ob der Bürger es wirklich im Gesamten erkannt und verstanden hat, worin denn überhaupt das politische Manko besteht. Manches hat man über die Probleme als Nachricht gehört oder gesehen, aber wo bestehen die Kernprobleme und was wurde bereits von der Ampel angepackt? Es ist zumindest teilweise ein Zerrbild der politischen Situation entstanden.

Tatsachen für die Bürger
Die Auswirkungen von politischen Entscheidungen beeinflussen in erheblichem Maße unser tagtägliches Leben und diese Aktivitäten auf der politischen Bühne sollten uns nicht gleichgültig sein. Also, was wäre, wenn der „Bürger“ sich viel mehr für die Politik, erst einmal nur in Deutschland, interessieren würde und sich so für ihn ein größerer politischer Horizont ergeben würde. Man könnte sich vorstellen, dass sich dadurch manche Meinung und Einstellung zu bestimmten politischen Gegebenheiten verändert. Ist es auch denkbar, dass sich dadurch die Parteienlandschaft prozentual verändert? Denn dann wäre der Bürger vielleicht aufgeklärter und leichter in der Lage, Populisten, Verbreiter von Halbwahrheiten, politische Lautsprecher und politische Prozentschinder zu entlarven. In einer derart politisch aufgeklärten Gesellschaft würden die immer wieder gezeigten Balkendiagramme bei einigen Parteien in der Höhe der prozentualen Ausschläge vermutlich deutlich anders aussehen als dies derzeit der Fall ist. Von den hoffnungslosen Fällen der Politikverdrossenheit einmal abgesehen, würde sich der Respekt vor dem Staat und den Politikern eher zum Positiven verändern, denke ich. Es muss aber auch deutlich gemacht werden, dass die meisten Politiker zwar einer Partei angehören, ihre politische Arbeit aber nicht ausschließlich den Parteiinteressen dienen darf. Sie sind sehr wohl mehr dem deutschen Staat verpflichtet.

Wir kennen den Ausgang der politisch vereinten Koalition der Ampel und zwar so genau, weil es ein eher ungewöhnliches Ende einer Regierung Deutschlands im Amt war. Es endete mit einem Scheitern, weil es dem kleinsten Partner der Regierung, nämlich der FDP mit ihrem Vorsitzenden Christian Lindner, der als Finanzminister im Amt war, nicht möglich

war, die Zusammenarbeit mit den beiden Partnern der SPD und den Grünen fortzusetzen. Dieses, so scheint es, wurde generalstabsmäßig innerhalb der Parteispitze der FDP geplant. Und das erst nach dem Bekanntwerden geleugnet, aber dann zugegeben, dass dieses Papier wohl doch existiert. Es war ein gefundenes Fressen für die Opposition und man spekuliert bis heute immer noch darüber, ob die Spitze der CDU/CSU nicht doch davon Kenntnis hatte. Nach offiziellem Befragen wurde dies natürlich verneint. Aber nach dem im Bundestag ersichtlichen Anbiedern der FDP zur CDU/CSU könnte es wohl doch so gewesen sein. So war dann das darauf folgende geplante Misstrauensvotum der Auftakt zum Wahlkampf. Nun hat man sich dann doch irgendwie zusammen mit einer großen Portion Vernunft geeinigt und die Wahlen für den 23. Februar 2025 festgelegt.

Nun aber stellt sich die Frage, was wäre, wenn die Wähler wissen würden, dass die fachliche Regierungsarbeit der Ampel doch nicht so schlecht war, wie so oft dargestellt? So hatte die Ampel quasi nach 73 Tagen Koalitionsverhandlungen und einem Vertrag von 171 Seiten einen wirklich guten Start mit ihrem Programm „Mehr Fortschritt wagen“. Also viel gearbeitet und dafür wenig Anerkennung bekommen? Und doch war die Regierung unbeliebt? Was steckt also dahinter?

Dann kamen die Ereignisse, die eine normale Regierungsarbeit doch sehr störten und auch einschränkten. Es war die Energiekrise und der unsägliche Krieg in der Ukraine, der bis heute als Angriffskrieg von Russland geführt wird. Diese Krisen wurden erfolgreich gemeistert. Darüber hinaus hat die Regierung viele Vorhaben durchgesetzt oder zumindest auf den Weg gebracht, wie z.B. die Windenergie, den Mindestlohn und das Selbstbestimmungsgesetz. Die zusätzlichen Bürden zur normalen Regierungsarbeit mussten erst einmal bewältigt werden. Diese Arbeit hat einen Anspruch auf Anerkennung. Wer sich über die Projekte der Regierungsarbeit informieren möchte, kann dies über den Link fragdenstaat.de tun. Außerdem eine zweite Möglichkeit mit dem Link der Regierung Regierungsmonitor.

Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, dass es bei der Ampel auch einige handwerkliche Fehler gab, wie z.B. das in der Öffentlichkeit heftig diskutierte Heizungsgesetz, das die Hausbesitzer verständlicherweise verunsichert und zusätzlich verärgert hat. So knisterte es bei der weiteren Regierungsarbeit im Gebälk der Koalition. Es verzerrte aber auch den Blick auf das große Ganze. Die Altlasten der Vorgängerregierungen waren während der gesamten Amtszeit ein Klotz am Bein. Die klagende Wirtschaft war nicht zu überhören mit zu hohen Energiekosten, zu hohen Steuern, dem Fachkräftemangel und zu viel Bürokratie. Nur so nebenbei, die Energiekosten bei Strom sind wieder auf dem Niveau vor der Krise. Das gesamte „Klagepaket“ war in Deutschland schon viel früher spürbar und Vertreter der Wirtschaft äußerten sich dementsprechend deutlich. Es waren die Finanzkrise, Corona und auch die Energiekrise, die dem BIP in Deutschland mit geringeren Wachstumsraten einen herben Schlag versetzten. Die Trend zeigte auch vorher schon in Richtung abwärts, nur hat die Politik nicht wirklich darauf reagiert und niemand hat dem Abwärtstrend wirklich etwas entgegen gesetzt. Oder man denkt wie die FDP, der Markt wird es schon richten. Hinzu kam, dass sich die Handelsbeziehungen verschlechterten und viele Materialien teurer und verspätet geliefert wurden, was die Unternehmen in ihrer Planung spürten. So kam und kommt Eines zum Anderen und es ergab sich eine Wirtschaftskrise mit Ansage. Ewiges Wachstum und ewig hohe Gewinnmargen sind nicht zu realisieren. Man muss sich anpassen und besser einen Spatz in der Hand als eine Taube auf dem Dach zu haben. Im übertragenden Sinne sollten Unternehmen der ökonomischen Zufriedenheit den Vorrang geben.

Der Wirtschaftsforscher Matthias Horx meint, dass die Weltuntergangsstimmung nicht angebracht wäre und Konjunkturschwächen etwas völlig Normales seien. Danach würde es sehr wohl auch wieder Wachstum in Schüben geben. So seine Meinung. Die Experten sagen daher, dass wir uns nicht in einer Rezession, sondern in einer Wirtschaftskrise befinden, die mit den richtigen Maßnahmen überwunden werden kann. Man ist sich darüber einig, dass auch in Deutschland ein gewaltiger Strukturwandel stattfindet. An einem Beispiel der Technik in der Autoindustrie wird es einem sehr deutlich vor Augen geführt. Die Einführung der Elektromobilität ist zwar ein Schritt in die Richtung umweltfreundlich, jedoch mit erkennbaren Macken. Die Folge, es werden bei einem Elektroauto weniger Bauteile benötigt, aber auch weniger Fachkräfte für den Zusammenbau. Weiter gedacht betrifft es auch die Zulieferer, weil eben weniger Teile benötigt werden. Wie die Maßnahmen zur Lösung der Probleme des Strukturwandels aussehen könnten, müssen die Fachleute klären, aber es wird wohl nicht ausreichen, mit Blick auf die neue Regierung alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen. Die Zeit lässt sich nicht zurückdrehen und man muss darauf achten, dass bei einem „Politikwechsel“ der Nachholbedarf nicht zu unterschätzen ist. Die Fachleute müssen ran und bei meiner Themenrecherche habe ich eine Studie mit dem Titel „**Deutschlands Wirtschaft krankt**“ zum Standort Deutschland entdeckt, diese stammt von LBBW Research. Hier der Link: >***Deutschlands Wirtschaft krankt***< (Blog)

Der angekündigte Politikwechsel

Steht es schon fest, wer demnächst das politische Sagen in Deutschland hat? Im Moment stehen die Zeichen auf CDU/CSU, aber zum Alleinregieren reicht es wohl nicht. Zurzeit ist ein Abwärtstrend bei der Opposition zu vermelden. Wie ist eigentlich der politisch angekündigte „Politikwechsel“ zu verstehen? Meint die Opposition ernsthaft, es reicht aus, wenn eine andere Partei die Amtsgeschäfte übernimmt und dann ist Friede, Freude, Eierkuchen. Pardon, aber so einfach ist es sicherlich nicht. Doch die CDU erwartet nach der Regierungsübernahme nach kurzer Zeit in Deutschland einen Stimmungswandel, so Friedrich Merz. Und wenn nicht, könnte man fragen und was dann? Aber machen wir doch einmal einen zeitlichen Sprung zurück. Für die CDU/CSU ist es politischer Klartext, dass sie sich gegenüber den Wählern als Retter der Nation präsentiert. Aber es ist wohl eher so, dass vor allem diese Parteienunion in jahrzehntelanger Regierungsverantwortung diesen Schlamassel überhaupt erst angerichtet hat und dass die politische Verantwortung unter Dr. Kohl und Dr. Merkel zum Abwarten (Aussitzen) statt zum Handeln oder gar zum Regieren geführt hat. Deswegen wurden die Bereiche Digitalisierung, Infrastruktur, Energie, Umwelt, Bürokratie, Migration, Renten, Krankenversicherung, Gesundheit, Planung und Instandhaltung, Sozialengagement sowie Militär total vernachlässigt oder nur minimal berücksichtigt. Und dann noch, wie schon erwähnt, die Rückschläge für die Wirtschaft durch die Finanzkrise und die Corona – Epidemie, die Energiekrise, mit den herben Rückgängen beim Bruttosozialprodukt und dann noch die teils kräftige Inflation, die auch ein Dämpfer für die Konjunktur war. Es waren Einbrüche in der erwirtschafteten Gesamtleistung im Staat Deutschland feststellbar. Vielleicht werden sie jetzt sagen, das muss auch alles bezahlt werden können, um alle Bereiche der politischen Projekte zu bedienen. Ja natürlich, aber eben nicht alles auf einmal. Und deswegen werden die bestehenden Probleme, die es beim „Patienten Deutschland“ zurzeit gibt genau dieselben sein, wie unter der Ampelregierung. Nur dann helfen keine markigen Worte wie sie im Bundestag von der Opposition mit teils hämischem Grinsen geäußert wurden gar nicht, also überhaupt nicht. Außerdem kann man die zukünftige Bundesregierung nur davor warnen, das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen zu wollen und alle Projekte der Ampel wieder zu annullieren. Denn gerade unsere Wirtschaft und auch die Bürger brauchen stets verlässliche Angaben. Die Wirtschaft, um planen zu können und auch zielgerichtet investieren zu können. Der Bürger

muss wissen, wo er dran ist, um im tagtäglichen Lebensablauf auch eine Perspektive für die Zukunft zu haben. Klar ist auch zu sagen, dass die Politik nicht für alle Baustellen in der Wirtschaft verantwortlich zeichnet und jedes Unternehmen in Deutschland erst einmal auf dem eigenen Hof für Ordnung sorgen sollte und dabei den Jammermodus abschalten. Die Wirtschaft muss wieder in Schwung kommen, nur wo setzt man den Hebel an? Die von der CDU/CSU geplante Steuerentlastung mit der Gießkanne kann nicht funktionieren, weil sie schlicht nicht bezahlbar wäre. Also Entlastung ja, aber zielführend genau (siehe auch Studie „*Deutschlands Wirtschaft krankt*“). Obwohl es sich schwierig gestalten wird bei dem Nachholbedarf der Finanzierungen aller vernachlässigten Bereiche, wird man einen Weg finden müssen. Es ist ein schwieriges Unterfangen, das muss man feststellen.

Was wäre, wenn die CDU/CSU-Spitze es bis jetzt noch nicht verinnerlicht haben sollte, dass es bei einem Versuch bleibt, mit ihrem sogenannten „Politikwechsel“, auch wirklich die derzeitig pauschal kritisierte Regierungsarbeit verändern zu können. Denn die markigen Worte der oppositionellen Redner im Bundestag sind einem noch gut in der Erinnerung und haben zumindest die CDU/CSU und ihr Wählerklientel überzeugt. Doch ich befürchte, dass mancher rhetorische Volltreffer noch Nachwirkungen haben könnte und sich als Bumerang zurückmeldet. Oder ist mit Politikwechsel gemeint, dass einfach nur eine andere Partei die politische Bühne betritt und die Fäden zieht. Man erinnere sich, dass Kanzlerkandidat Merz vor einigen Monaten vollmundig verkündete, die AfD prozentual halbieren zu wollen, was leider bis heute nicht funktioniert hat. Auch die Ankündigung einer neuen Regierung schwarzer Couleur hat einige Wähler nicht davon abhalten können, eher den Parteien am rechten Rand ihr Vertrauen zu schenken, was Umfragen bestätigt haben. So haben der politische Stil der rhetorischen Volltreffer wohl etliche Wähler vergrault und verängstigt, aber auch nach außen für unsere Nachbarn und Partner einen schlechten Eindruck von Deutschland vermittelt. Geht es denn bei dieser Art Diskurs nur darum, die Polarisierung auf die Spitze zu treiben? Es ist also festzustellen, dass die politische Interaktion eher auf ein niedrigeres Niveau gesunken ist. Diese Art Umgang erzeugt eher einen Vertrauensverlust, denn es geht um Deutschland vorrangig und nicht um parteiinterne Erfolgserlebnisse. Warum nicht einfach argumentieren und das ohne Polemik! Wie gesagt, es gibt einen Versuch für die „Neuen“ in der Regierung. Wenn es nicht klappen sollte, wird sich wohl die politische Landschaft noch weiter rechtslastig verändern. Erfolge zählen, aber auch eine glaubhafte Überzeugungsarbeit. Einfach den Bürger überzeugend mitnehmen und ihn glaubhaft durch Argumente überzeugen.

Es entscheidet der Wähler

In dem letzten Abschnitt dieser realistischen Betrachtung zum politischen Wechsel möchte ich den Wähler etwas mehr in den Fokus rücken. Warum hat sich eigentlich in wenigen Jahren die politische Landschaft so verändert? Sind es nur die Politikmuffel mit ihren Einflüssen? Warum gibt es regelrechte Demokratiegegner? Warum geben sich Menschen mit anscheinend einfachen politischen Lösungen bei komplexen Problemen zufrieden? Was sind die Ursachen für den Vertrauensverlust in die Politik?

Es gibt natürlich auch Zeitgenossen, die sind gegen alles und jedes sowie mit sich selbst und ihrem Schicksal unzufrieden. Aber realistisch ist doch nachvollziehbar, dass „die Politik“ nicht für jeden Bürger eine maßgeschneiderte Lebenslösung zur Verfügung stellen kann. Es gibt kein Leben a la carte, auch nicht in einer Demokratie.

Aber als Systemgegner sollte man sich vor Augen halten, dass auch die persönliche Freiheit in unserer Demokratie, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Meinungsfreiheit, die freie Berufswahl, um nur einige Vorteile zu nennen, ein hohes und wertvolles Gut für ein freies Leben in einem freien Land ist, in einem Land, in dem der Bürger der Souverän ist und freie Wahlen auch selbstverständlich sind. Wollen diese „Systemzweifler“ wirklich das alles aufgeben, um irgendwelchen Gespinsten und Leuten nachzulaufen, die „Wunderlösungen“ präsentieren und polarisierend Dinge absolut verteufeln? Natürlich läuft es auch hin und wieder in einer Demokratie nicht ganz rund und es gibt Dinge, die immer verbessert werden können. Deswegen ist selbst eine Demokratie nur im besten Fall die zweitbeste Staatsform, weil es keine beste und idealste Staatsform gibt. Dennoch muss man zugeben, dass die Geschicke eines Staates in den Händen von Menschen liegen, man nennt sie auch Politiker, die nach bestem Wissen und Gewissen so handeln sollten, so dass die Menschen im Land in Frieden und Freiheit von dem erwirtschafteten Wohlstand des Landes gut leben können. Dies geschieht nicht immer reibungslos, da viele externe Faktoren die politischen Absichten und Planungen der Regierung negativ beeinflussen und interne Veränderungen auslösen können. Im aktuellen Zeitfenster für Deutschland sind dies der Strukturwandel, die Deglobalisierung, die Finanzkrise, die Corona-Pandemie, die Energiekrise und der immer noch andauernde Krieg in der Ukraine. Nun also auch noch eine Regierungskrise!

Nun soll es der Bürger wohl mit einer Neuwahl richten. Die Frage ist jedoch, wie unter diesem Thema beschrieben, ob eine objektive Beurteilung überhaupt für den Wähler möglich ist. Das glaube ich eher nicht, wenn noch so viele Altlasten ein großes Erschwernis für die Regierungsarbeit darstellen, was auch ein Problem der Ampel war. Wer nach der Bundestagswahl als neue Regierung die Aufgabe hat diesen „Gordischen Knoten“ zu zerschlagen, um alle aufgestauten Probleme möglichst effektiv zu lösen, der hat, wie man so schön sagt, auch ein dickes Brett zu bohren. Es ist absehbar, dass wohl christlicher Beistand unbedingt erforderlich ist, so kann man wohl sehen.

Die Veränderung der Gesellschaft

Natürlich ist zu berücksichtigen, dass die Menschen selbst in einer Demokratie überfordert sind, wenn sie ständig neuen Verunsicherungen ausgesetzt sind und so ihr Leben negativ beeinträchtigen. Nun muss ich wohl zugeben, dass mir ein „Schleichendes Gift“, welches unsere Gesellschaft seit einiger Zeit infiltriert, doch sehr große Sorgen bereitet. Dieses Etwas, das den Menschen, die sich damit beschäftigen, suggeriert, dass es ohne sie überhaupt nicht mehr geht, geschweige denn, dass es in ihrem Leben rund läuft, sind, man ahnt es schon, die sogenannten sozialen Medien. Die penetrante Beeinflussung von Wahlen, Meinungen, Kaufverhalten, Glaubwürdigkeit der Menschen, nicht nur der Jüngeren, geschieht durch die gezielte „Manipulation“ dieser Medien. Obwohl ich meine, dass sich jüngere Menschen leichter beeinflussen lassen, betrifft dies nicht nur Jüngere, wobei der Bildungsgrad auch einen wohl nicht unerheblichen Einfluss haben könnte. Dabei denke ich, dass Hetze, Lügen, Hass, Drohungen durch die Inhalte dieser Medien kein erfolgreiches Geschäftsmodell sein dürfte, um Milliardengeschäfte damit machen zu können. Denn es macht was mit den Menschen, es deformiert praktisch die Kultur, hat psychogene Effekte und bindet die Menschen an Etwas, was sie nicht wirklich für ihr Leben brauchen. Aber warum gibt es soviel Hass, Hetze und verbale Gewalt in den sozialen Medien?

Völlig losgelöst von ihrer menschlichen Schattenseite betrachten viele Menschen diese Medien als ihr verbales Ventil mit der Tendenz zu zeigen, wie toll sie doch sind und auch jeder wissen sollte, dass es so ist und auch mal gemacht werden muss. Man befindet sich ja in einer gewissen Distanz zu denen, die man erreichen will, das schafft unterstützende Sicherheit für den Moment der Handlung. Es ist erschreckend, dass die Medien Twitter, Instagram und Facebook ihre Kontrollmechanismen gegen diese bedauerlichen Auswüchse menschlicher Intelligenz und menschlichen Willens abschaffen wollen oder bereits abgeschafft haben. So laufen diese Dinge weiter ohne Kontrolle in den sozialen Medien und so entsteht noch mehr als Wildwuchs menschlicher Unarten. Leider hat unsere Gesellschaft parallel einen Schwund an Empathie zu verzeichnen und noch schlechter, ein Zuwachs von Egoismus zu beklagen.

Noch ein Punkt zu den sozialen Medien. Trotz feststellbar negativer Punkte bei den sozialen Medien verwenden sicher Millionen Menschen diese Möglichkeit der Information und Kommunikation völlig normal und bei denen besteht sicher kein Grund darüber zu meckern. Das zur Klarheit.

Noch eine Bemerkung: Es gibt sicher für Firmen, Vereine und Parteien viele Möglichkeiten ihr Portfolio zu präsentieren, ihr Klientel zu erreichen oder schlichtweg Reklame zu machen, dann muss es doch nicht unbedingt auch noch über die sozialen Medien geschehen. Der reizüberflutete Mensch der Gegenwart würde es sicher mit Dankbarkeit aufnehmen, so denke ich zumindest darüber.

Was wäre, wenn „die Politik“ gegenüber ihren Bürgern, aber auch die Bürger gegenüber der Politik drei Wünsche frei hätten? Kann man es mit drei Wünschen überhaupt auf den Punkt bringen?

Also zur Politik. Erstens wäre es gut, wenn der Bürger loyal zu seinem Land stehen würde. Zweitens wünscht sich die Politik einen objektiven und politisch interessierten Bürger. Drittens einen Bürger, der mit den demokratischen Werten dieser Republik fest verbunden ist und für den untrennbar das Grundgesetz und die Verfassung die Grundbausteine sind. Mehr braucht es schon nicht.

Nun möchte ich gerne den Spieß umdrehen, um aus der Sicht des Wählers bzw. Bürgers auch drei Wünsche in Richtung Politik zu äußern. Erstens muss die Politik darauf ausgerichtet sein, nicht nur der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen, sondern auch die Bürger mit einbeziehen und spürbaren Nutzen für die Menschen bringen, so wie auch bei der Vereidigung von Politikern im Schwur verankert ist. Alle Kraft zum Nutzen des deutschen Volkes einbringen und Schaden von ihm abzuwenden. Zweitens wünscht sich der Bürger engagierte Politiker, die sich dafür stark machen, dass die Gesellschaft im Konsens in Deutschland leben kann. Gleichwohl sollten man auch versuchen, die im politischen Einflussbereich erkannten Veränderungen in der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen positiv zu beeinflussen, um demokratieschädigenden Erscheinungen entgegenzuwirken. Und drittens, daran zu arbeiten, dass die Bürger das Vertrauen in die Politik wieder festigen und Kritikpunkte auch in die politische Arbeit einfließen lassen.

In dieser Zeit der noch bestehenden Minderheitsregierung bis zum 23. Februar findet der Wahlkampf in Deutschland statt, die eine Zeit der politischen Auseinandersetzungen ist. Zurzeit geht es bei den Prozentpunkten in der Wählergunst bei den Parteien noch hin und her. Wie kann der von der CDU/CSU propagierte „Politikwechsel“ überhaupt gelingen? Sind überhaupt die angesammelten Probleme zu bewältigen und das in einem definierten Zeitraum? Wie ergeben sich die wohl notwendigen Koalitionen? Fragen über Fragen, die wohl erst nach der Wahl annähernd konkret beantwortet werden können, eine zielgerichtete Regierungsarbeit der neuen Regierung vorausgesetzt. Man kann nur hoffen, dass Deutschland wieder in Fahrt kommt, toi, toi, toi.

Die Asyl- und Migrationsdebatte im Fokus
Es waren turbulente Tage am 29. und 31. Januar im Deutschen Bundestag, die sicher noch lange politisch-demokratisch nachwirken werden. Die Politiker aller Parteien haben sich als Redner im Plenum nichts, aber auch gar nichts geschenkt. Im Kern ging es an den beiden Tagen um Themen, die für Deutschland, aber auch für die EU wichtig sind, denn es geht um die Asylpolitik und die damit verbundene Migration. Am Mittwoch ging es ausschließlich um den von der CDU/CSU vorgelegten Fünf-Punkte-Plan zur Begrenzung der Asylbewerberzahlen. Am Freitag stand ein Gesetzentwurf zur Abstimmung, der zuvor in den Ausschüssen behandelt worden war und die Asylpolitik betrifft. Aber der Reihe nach.

Der Vorstoß der CDU/CSU, vertreten durch ihren Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, einen Fünf-Punkte-Plan zur Abstimmung über die Asylpolitik Deutschlands in den Bundestag einzubringen, hat eine Lawine von Empörung, Entrüstung, Unverständnis ausgelöst und das Demokratieverständnis der Abgeordneten auf eine harte Probe gestellt. Es geschah ohne politische Not und ohne Drängen anderer. So passierte es dann, dass Friedrich Merz aus politischem Kalkül einer Rechtfertigung, um dem Wähler zu suggerieren, wir tun was für die Sicherheit des Landes, was die Regierung bestehend aus der SPD und den Grünen nicht geschafft hat. Der Plan kam zur Abstimmung, wurde angenommen und hatte eine explosive Wirkung, weil die AfD mitgestimmt hatte. Die oft propagierte Brandmauer der CDU zur AfD hat trotz Vereinbarung mit den politischen Gegnern der SPD und Grünen nicht gehalten und bröckelte erkennbar stark. Dieser politische Aktionismus der Opposition hat nun Folgendes bewirkt: Er hat eine unsinnige Abstimmung erzeugt, er hat die politische Mitte in der Debatte verprellt und er hat vor allem der AfD genutzt und sie quasi hoffähig gemacht. Eine war eine demokratische Taktlosigkeit mit Kalkül sonder gleichen. Es hat sich gezeigt, dass die CDU/CSU sehenden Auges, aber getrübt durch blanken Populismus, eine Situation herbeigeführt hat, deren Reaktionen man sich mit politischem Sachverstand an fünf Fingern ausmalen kann. Um es militärisch zu beschreiben, es war so ein immenser Rohrkrepierer und zwar einer, mit langer Nachhallzeit. War es das wirklich Wert Herr Merz? Das war purer Aktionismus. Konnten Sie nicht die Vorgaben der EU zur Asylpolitik akzeptieren, um so die Gemeinschaft der Staaten zu unterstützen oder waren Sie einfach nur zu ungestüm? Nein, die Sache war nicht zu beklagen, es war der Weg, welcher schlichtweg falsch war.

In einem Interview im Heute-Journal hat Professor Korte gemutmaßt, ob dieses Vorhaben durch den sauerländischen Trumpismus oder einfach nur von Naivität geprägt war. Die Devise der CDU/CSU war dabei nach Aussage von Herrn Merz, wir schauen nicht nach links und auch nicht nach rechts und es ist uns egal was unsere staatlichen Nachbarn machen, wir setzen unsere Vorhaben durch. Das hört sich schon ziemlich antidemokratisch an, leider. Hat Herr Merz schon einmal etwas von Kompromissen in der Demokratie gehört? Mit dem Kopf durch die Wand gelingt selten.

Zukunftsperspektiven
Die CDU/CSU suhlt sich in ihrem enormen Erfolgserlebnis und sollte vielleicht einmal darüber nachdenken, wer denn jetzt aus dieser Aktion als Gewinner hervorgegangen ist. Nein, es ist nicht die christliche Partei. Klar ist die Asylpolitik ein wichtiges Thema für die Bürger in Deutschland, aber steht nicht an Platz eins.

Viel wichtiger sind dem Bürger wohl diese Themen:

- Wie geht es mit Deutschland wirtschaftlich weiter?
- Wie sieht es mit den Arbeitsplätzen aus?
- Wie können wir Europa wirtschaftlich stärken?
- Mit welchen Maßnahmen kommt unsere Wirtschaft wieder in Gang?
- Wie kann der Sozialstaat schlanker und somit kostengünstiger werden?
- Wann kommt es zu einem Zusammenschluss der Renten und Pensionen?
- Wann werden die GKV und die PKV solidarisch zusammen gelegt?
- Wann geschieht die stringente Konsolidierung des Staatshaushaltes zur Vermeidung von unnötigen Ausgaben?
- Wann ist unsere Infrastruktur wieder voll nutzbar?
- Wie sieht es mit der Digitalisierung in Deutschland aus – Ausbau Status?
- Wie können wir die Asylpolitik inklusive Migration im Land sicherer machen?
- Wie können Migrations- und Integrationsprozesse durch das BAMF und die Ausländerbehörden der Länder durch bessere Digitalisierung übersichtlicher gestaltet werden?
- Es ist eine bessere Vernetzung der Behörden anzustreben.

Deutschland kennt die Punkte, wo es hakt. Und wir kennen die Feinde unserer Demokratie. Und weiter, wir müssen entschlossen handeln, das ist die Vorgabe. In zwei Wochen wird gewählt. Mehr Fortschritt wagen war ein ambitioniertes Unterfangen der Ampel-Regierung, das Ende ist bekannt. Aber die CDU-Zentrale als das Haus des Politikwechsels zu bezeichnen ist sehr mutig und noch ambitionierter. Der neuen Regierung kann man nur wünschen, dass der Politikwechsel auch gelingt, also Realität wird. Ansonsten…

Nun noch einige ermunternde Zeilen. Danke, dass Sie sich den Text bis zum Schluss einverleibt haben. Ich denke, dass es die politischen Vorgänge in unserem Land wert sind, genauer betrachtet zu werden. Und machen Sie es wie ich, klicken Sie sich durch den Wahl-O-Mat, doch das Ergebnis könnte eine Überraschung sein, jedenfalls ging es mir zu einem anderen Zeitpunkt einmal so.

WM
08.02.2025